

---

## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne  
Verwaltung am 09.04.2024

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr  
Sitzungsende: 19:00 Uhr  
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Weber, begrüßt um 16:30 Uhr die Mitglieder und Gäste des Ausschusses, stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden Mitgliedern fest. Es gab keine Einwände.

#### 2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der Tagesordnung.

Herr Stadtrat H. – P. Dreibrodts bittet darum, dass der TOP 8.1 – „FV/004/2024/FrFr - Grundstücksangelegenheit - Ankauf des ehemaligen Sportstudios "Top Fit" (Grundstück und Gebäude) durch die Stadt Dessau-Roßlau für die Nutzung durch den SV Germania 08 Roßlau e.V.“ von dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil unter TOP 7.12 verschoben wird.

Er begründet dies mit dem KVG § 52 Abs. 2:

*„(2) Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner, insbesondere bei Personalangelegenheiten, der Ausübung des Vorkaufsrechts, Grundstücksangelegenheiten und Vergabeentscheidungen, dies erfordern. Über Gegenstände, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen, ist nicht öffentlich zu verhandeln. [...]“*

Er erläutert, dass das öffentliche Wohl und das berechtigte Interesse einzelner auslegungsbedürftige, unbestimmte Rechtsbegriffe sind, welche eine Überprüfung erfordern. Als Beispiel führt er auf: Wenn man einen Grundstückskauf in 3 Phasen untergliedert – 1. Arbeitsauftrag, 2. Verkaufsgespräch, 3. Konkrete Verkaufsverhandlungen & Ergebnisse der Ausschüsse. Die Fraktionsvorlage bildet lediglich den Arbeitsauftrag ab.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, dass er seine Argumentation versteht. Er bitte Herrn Beigeordneten Ulbrich um Begründung der Nichtöffentlichkeit aus Sicht der Verwaltung.

**Herr Beigeordneter Ulbrich** erläutert, dass, auch wenn es sich nur um einen Prüfungsauftrag handelt, man diese Information vorab intern diskutieren möchte, bevor diese an die Öffentlichkeit kommuniziert werden.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, dass die Vorlage am 25.04.24 im Ortschaftsrat Roßlau auf der Tagesordnung steht. Er fragt, ob es für Herrn Stadtrat H.-P. Dreibrodt in Ordnung wäre, wenn der TOP zum heutigen Ausschuss von der Tagesordnung genommen wird und man den Ortschaftsrat am 25.04.2024 abwartet, bis wir im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung darüber beschließen.

**Herr Stadtrat H.-P. Dreibrodt** erklärt, dass er das nicht in Ordnung findet. Er führt weiterhin aus, dass dieses öffentliche Geschehen bereits über 2 Jahre bekannt ist.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** informiert, dass die Verschiebung eines nicht-öffentlichen TOP in den öffentlichen Teil nicht möglich ist, da die Einladung der nichtöffentlichen FV für die Öffentlichkeit vorher nicht einsehbar war. Interessierte Bürger haben keine Kenntnisse über die Vorlage.

Er entschuldigt sich dafür, dass er irrtümlicher Weise fehlerhaft eingeladen hat.

Der Einbringer der Vorlage, **Herr Stadtrat H.-P. Dreibrodt**, stellt den Antrag, dass die Vorlage von der Tagesordnung heruntergenommen wird und im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung beschlossen wird.

Die Tagesordnung wird unter der Berücksichtigung der Vertagung des TOP 8.1 auf den 04.06.2024 abgestimmt.

Es gibt keine weiteren Einwände zur Tagesordnung. Die TO ist geändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 6:0:0

### **3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.02.2024**

Zu der Niederschrift vom 27.02.2024 werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht. **Herr Ausschussvorsitzender Weber** stellt die Niederschrift zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 4:0:2

## **4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** informiert darüber, dass es folgende nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzungen gab:

### **8.1. Vergabeentscheidung über die Lieferung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Mildensee**

**Vorlage: BV/354/2023/V-37**

ungeändert beschlossen

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

### **8.2. Erwerb von Anteilen der Industriehafen Roßlau GmbH**

**Vorlage: BV/012/2024/II**

ungeändert beschlossen

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

### **8.3. Sicherstellung des Geschäftsbetriebs der Industriehafen Roßlau GmbH nach Rückkauf der IHR-Anteile von der SBO**

**Vorlage: BV/031/2024/II**

ungeändert beschlossen

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

## **5 Einwohnerfragestunde**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** informiert, dass es keine schriftlichen Anfragen gibt. Es gibt jedoch mündliche Anfragen. Der Einwohner stellt folgende Fragen:

### Frage 1

In Dessau sind Anteile des Hafens, trotz Haushaltssperre, gekauft worden. Ein Wirtschafts- und Finanzplan des Hafens zum Haushalt existierte nicht, laut Ratsinfosystem. Er erklärt, dass im Haushalt dazu beim Hafen auch keinerlei Angaben zu finden sind. Auch im Haushaltsplan sei nichts zu finden, weder beim Hafen, noch beim Finanz- und Beteiligungsmanagement. Diese Ausgabe scheint nicht geplant gewesen zu sein. Ihn verwundert, dass die Stadt vorher rund 50 % des Hafens gehörte, wir als Stadt aber 100 % der Kosten für die Sanierung zu tragen hatten. Trotz dessen zahlen wir jetzt noch für das, was wir saniert haben, erklärt er.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** positioniert sich dazu. Er erklärt, dass die Stadtverwaltung bereits länger davon Kenntnis hatte, dass die SBO sich zurückziehen wollte. Es gab verschiedene Varianten, eine davon wäre sogar die Insolvenz gewesen.

Der Stadtrat darf auch außerplan- und überplanmäßige Ausgaben tätigen. Der dafür bestellte Geschäftsführer wird uns weitere Vorschläge unterbreiten. Er erklärt, dass die Stadtverwaltung sich sicher war, dass wir mit dem Hafen besser verfahren können, als mit dem damaligen Gesellschafter, der nicht unbedingt zu unseren Gunsten in die Geschäftsführung eingegriffen hat.

Der Bürger hinterfragt, ob der Hafen sich schon vorher komplett in den Büchern der Stadtverwaltung befand?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass die Stadt an der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) eine Beteiligung in Höhe von 51% hält. Die Infrastruktur, welche mit Fördermitteln des Landes gebaut worden ist, ist nicht über die Gesellschaft erfolgt. Deshalb ist dies dem Anlagevermögen der Stadt zuzuordnen und findet sich im Haushalt bzw. zukünftig in den Jahresabschlüssen der entsprechenden Jahre der Stadt.

**Herr Beigeordneter Ulbrich** ergänzt, dass die Grundstücke teilweise der Stadt und teilweise der IHR gehören.

## Frage 2

Er weist darauf hin, dass Anfragen aus der Einwohnerfragestunde vom 29.08.2023 immer noch unbeantwortet sind. In der Niederschrift hieß es: „... dass schriftliche Anfragen von einem Bürger vorliegen. Die Beantwortungen der Anfragen werden mit der Niederschrift versendet.“

Im Ratsinformationssystem, unter der Niederschrift vom 29.08.23 und auch unter „Antworten auf Bürgeranfragen“ sind entsprechende Informationen nicht zu finden, erklärt er.

Erschwerend kommt hinzu, dass es laut Beschluss des Stadtrates zur Geschäftsordnung für die Niederschrift klare Regeln gibt. Die Niederschrift muss mindestens enthalten: Ort und Zeit, aber auch sonstige wesentliche Inhalte der Sitzung (insbesondere Einwohnerfragestunde).

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bedankt sich für den Hinweis. Er bittet die Verwaltung, die Beantwortung nachzuholen.

## Frage 3

Es fragt nach dem neuen Theatervertrag. Die Kosten steigen für die Bürger. Wenn man einfach mit 80.000 Bürgern der Stadt rechnet, fallen auf jeden Bürger im Jahr 2024 rund 161 Euro für das Theater an, im Jahr 2028 beträgt dieser Betrag schon rund 213 Euro. Das sind rund 32 % mehr in 5 Jahren. Dieses ist nur der Anteil der Stadt. Nimmt man auch den Landesanteil dazu kommt man 2024 auf rund 275 Euro pro Einwohner und 2028 schon auf rund 347 Euro pro Einwohner. Für 2026 wird ein Mehrbedarf von rund 2,5 Millionen prognostiziert. Das sind weitere rund 32 Euro pro Einwohner mehr pro Jahr, erklärt er.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, dass das Theater unter dem TOP 7.7 diskutiert wird. Dort wird seine Frage Beantwortung finden.

Der Einwohner möchte die Anfragen schriftlich beantwortet haben.

**Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** und **Herr Stadtrat Präger** treten der Sitzung um ca. 16:44 Uhr bei. Es ist somit 8 anwesende Ausschussmitglieder.

## **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

Es liegen keine öffentlichen Anfragen und Informationen vor.

### **6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, dass Herr Stadtrat H.-P. Dreibrodt einen offenen Brief bzgl. der Braunischen Lache an die Stadtverwaltung, die Fraktionen und die Presse geschrieben hat. In dem Brief wurde er bezichtigt, dem Prinzip der Öffentlichkeit zu scheuen. Er erklärt, dass er mit den Kollegen besprochen hat, was von der Stadtverwaltung hätte getan werden müssen. Er erläutert, dass er sich zu diesem persönlichen Statement verpflichtet fühlt. Aus seiner Sicht spielen dabei auch strafrechtlich relevante Tätigkeiten eine Rolle, wobei zunächst geboten war, den Jenigen die Möglichkeit zu geben, das selbst zu klären.

Er ist der Meinung, dass dies öffentlich diskutiert werden sollte.

**Frau Stadträtin Ehlert** informiert, dass es keinen Vertrag mit der Stadtverwaltung gibt. Sie hinterfragt, in welchem Kontext es eine Pflichtverletzung der Stadt geben soll. Sie kritisierte, dass Herr Stadtrat H. -P. Dreibrodt in seinem Brief Inhalte wiedergegeben hat, die in einer nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vorgetragen wurden. **Der Ausschussvorsitzende** befragte dazu den Oberbürgermeister, ob er die

---

Nichtöffentlichkeit der Informationen aus dem nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung bereits aufgehoben erklärt habe, worauf der OB aber keine Rückmeldung gab.

**Herr Stadtrat Egelkraut** beantragt die Beendigung der Debatte. Er rät dem Ausschussvorsitzenden, die Erklärung in der nächsten Stadtratssitzung abzugeben.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, dass er das Recht hat, sich öffentlich in einem Ausschuss seiner Wahl zu rechtfertigen.

**Die Ausschussmitglieder** tauschen sich weiterhin dazu aus. **Herr Stadtrat H.-P. Dreibrodt** erläutert weiterhin, dass die Thematik sich für seine Fraktion erledigt hat.

**Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** wird sich zu den Vorwürfen in diesem Ausschuss nicht äußern.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** geht dem Hinweis von Herrn Stadtrat Egelkraut nach und wird in der nächsten Stadtratssitzung am 17.04.2024 darüber berichten.

**Frau Ortsbürgermeisterin Müller** fragt, wann die Baumaßnahme in der Kavalierstraße beendet ist.

**Frau Bürgermeisterin Lohde** erklärt, dass sie die Frage im nächsten Bauausschuss beantworten wird.

## 7 Beschlussfassungen

### 7.1 IT-Projekte für das Haushaltsjahr 2024 (Maßnahmebeschlüsse) Vorlage: BV/043/2024/II-11

**Herr Beigeordneter Ulbrich** ergänzt, dass die neuen Tablets darauf ruhen, dass wichtige Sicherheitsupdates in den älteren Versionen nicht mehr durchgeführt werden können.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**7.2 Entgeltordnung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: BV/034/2024/IV-40**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**7.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und  
ähnlichen Zuwendungen gem. § 99 Abs. 6 KVG LSA  
Vorlage: BV/046/2024/IV-DKT**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**7.4 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und  
ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA  
Vorlage: BV/055/2024/I-OB**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**7.5 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und  
ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum  
01.01.2023-31.12.2023  
Vorlage: BV/069/2024/I-SKD**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

## 7.6      **Zukunftsstadt Dessau-Roßlau** **Vorlage: BV/056/2024/I-07**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, dass die BV im vorherigen Ausschuss vertagt wurde, weil sie zum damaligen Zeitpunkt noch nicht in der OB-DB war. In der Beschlussvorlage geht es um den Summer of Pioneers, welcher in anderen Ausschüssen bereits inhaltlich diskutiert wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass die Beschlussvorlage noch einer Änderung bedarf. Die Eigenmittel aus dem Produktblatt der SMG werden nicht genutzt. Stattdessen wird eine Deckungsquelle aus dem Produktbereich des Amtes 61 (Wirtschaft und Stadtplanung) und des Amtes 41 (Kultur) herangezogen.

**Herr Stadtrat Ratzmann** interessiert, woran man das festmacht, dass dieses Projekt sinnvoll ausgegeben wird.

**Frau Hinze** erklärt, dass es in Sachsen-Anhalt noch kein Vergleichsprojekt stattgefunden hat. In anderen Bundesländern läuft der Summer of Pioneers bereits. Die Stadtverwaltung stand in engem Austausch mit dem Ministerium. In der BV ist es auch so dargestellt, dass vorerst ein Evaluierungsjahr stattfindet. Danach kann man nochmal neue Fördermittel beantragen. Die Stadtverwaltung muss zum Jahresende einen Evaluierungsbericht vorlegen. Spätestens im Oktober muss entschieden werden, ob wir dies weiterhin verfolgen möchten. Man muss jetzt schon in den HH-Beratungen überlegen, wie wir das planen können. Das Thema Zuzug von jungen Menschen beschäftigt uns stetig.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde geändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**                      8:0:0

## 7.7      **Zuwendungsvertrag über die Förderung des Anhaltischen Theaters** **Dessau - Förderzeitraum 2024 - 2028** **Vorlage: BV/071/2024/I-OB**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt in die Beschlussvorlage ein. Er erklärt, dass die Stadtverwaltung lange mit dem Land gerungen hat, um diesen Zuwendungsvertrag zu verhandeln. Ziel war es, höhere Zuwendungen durch das Land zu erhalten, als die, die vereinbart werden konnten und dass es im Vertrag eine Protokollnotiz einer möglichen Vollbeschäftigung gibt.

Stand heute ist, dass im Landeshaushalt im Moment die Zuwendungen für Theater und Orchester festgeschrieben sind. Die Möglichkeiten die sich daraus ergeben sind auch in der Tabelle, unter Anlage 1 der BV, dargestellt. Die Landeszuschüsse ergeben sich dann aus § 1 Abs. 1 des Vertrages. Unsere Zuschüsse leiten sich explizit aus dem Paragraphen, welcher die Stadt betrifft.

Neu ist an dem Vertragswerk ist, dass die Verwaltung explizit ihre zusätzlichen Zuschüsse ausweist, nicht nur allein die aus dem Haushalt der Stadt, wie es in zurückliegenden Förderperioden der Fall war. Dadurch wollen wir die Transparenz erhöhen und auch die zusätzlichen Leistungen, die darüber hinaus durch die Stadt erfolgen, mit abbilden.

Anerkennend möchte er erwähnen, dass das Land sich durchaus wieder an der Dynamisierung der Personalaufwendungen beteiligt. Hierbei hat sich die Stadt eine höhere Beteiligung gewünscht, denn unter dem § 1 Abs. 4 wird es keine geben. Lediglich in § 1 Abs. 1 und Abs. 3 erfolgt in 2024, 2025 und 2026 eine Beteiligung von i. H. v. 3 % und in 2027 und 2027 eine Beteiligung i. H. v. 2 %.

Im Interesse des Betriebes des Theaters bittet **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** um Zustimmung der Beschlussvorlage. Ihm ist bewusst, dass die Stadt im Haushalt eine andere Erwartungshaltung formuliert hat, welche nicht eingetreten ist. Er erklärt, dass die Stadt es mit diesem Theatervertrag schafft das Haus auf einem hohen künstlerischen Niveau zu betreiben.

**Herr Stadtrat H.-P. Dreibrodt** erklärt, dass man innerhalb der Tabelle der Anlage 1 gut erkennt, dass das Land sich aus der Finanzierung zurückzieht. In 2024 ist das Land in der Gesamtsumme mit 41,2 % beteiligt, bereits im Jahr 2028 ist es nur noch mit 38,7 % beteiligt.

**Frau Stadträtin Ehlert und Frau Ortsbürgermeisterin Müller** stimmen dem zu.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt ebenfalls, dass er dem zustimmt und die Beschlussvorlage ablehnen wird.

Er informiert, dass er viele Jahre lang dafür gekämpft hat, dass dies ein Staatstheater ist. Er erklärt, dass die Stadt mit diesem Theater der ganzen Region Anhalt Dienst leistet. Er weist darauf hin, dass das Land uns, als Stadt Dessau-Roßlau, genau gleichbehandelt wie die Städte Halle (Saale) und Magdeburg und dies für selbstverständlich hält. Er weist darauf hin, dass die Stadt das Theater nicht mehr lange halten kann, wenn das Land sich mit weniger als 50% beteiligt.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage. Die Beschlussvorlage wurde abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

2:3:3

## 7.8 Umlage erneuerbare Energien für die Ortschaft Vorlage: BV/002/2024/OR Mosig

**Herr Ortsbürgermeister Weber** führt in die Beschlussvorlage ein. Er erklärt, dass es bereits Planungen für 17 weitere Windräder gibt. Weiterhin sollen Freiflächen für Solarenergie genutzt werden. Im Gegensatz dazu steht im Denkmalrahmenplan, dass es den Bürgern der Ortschaft Mosigkau untersagt ist, Photovoltaik-Anlagen auf ihren Dächern zu platzieren.

Er bittet, angesichts dieser Geräuschbelastungen, zu prüfen, ob die Kommunalumlage aus erneuerbaren Energien von Stromproduzenten i. H. v. 0,2 Cent/kWh der Ortschaft ganz oder teilweise, ohne Anrechnung auf das Ortschaftsbudget, zur Verfügung gestellt werden kann. Er weist deutlich darauf hin, dass es sich hierbei nicht um konkrete Verhandlungen handelt, sondern er lediglich den Weg für Verhandlungen öffnen möchte.

**Herr Stadtrat Ratzmann** weist auf die Stellungnahme der Verwaltung hin. Es sollte die Gesetzgebung abgewartet werden.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** weist darauf hin, dass der Ortschaftsrat Mosigkau den Stadtrat den bittet den Sachverhalt zu prüfen. In der Stellungnahme der Verwaltung wird Bezug genommen auf die 0,2 ct/kWh. Diese sind aber nicht auf den Ort bezogen, sondern auf die, die durch das Gesetz der Gemeinde dann zufließen soll.

Das Problem ist, dass die Begriffe „Ortschaft“ und „Gemeinde“ durchaus noch auseinanderfallen können. In seiner Fraktion wurde diskutiert, dass es eine Frage des Solidargedankens ist, ob die Mittel, die dadurch eingenommen werden, der ganzen Stadt zugutekommen könnten. Es handelt sich hierbei um Mittel, welche nicht im Haushalt einbezogen sind.

**Herr Stadtrat Egelkraut** bittet zu bedenken, dass es im cash-flow auch dazu kommen kann, dass bei Solaranlagen ein Raubbau erzwungen wird, damit man Gelder ergreift, welche in diese Ortschaft einfließen. Das sollte man zwingend verhindern. Er plädiert dafür, dass Gesetz abzuwarten und den Gedanken aufzugreifen, dass man den Ortschaften, welche durch Windenergie belastet sind, eine Extrapauschale auszahlt.

**Herr Beigeordneter Ulbrich** plädiert ebenfalls dazu, das Landesgesetz abzuwarten. Innerhalb der Verwaltung wird bereits an dem Antrag gearbeitet.

Die Ausschussmitglieder tauschen sich weiterhin dazu aus.

**Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** stellt einen Antrag zur Erweiterung der Beschlussvorlage um den Satz: „Zusätzlich soll geprüft werden ob private Photovoltaikanlagen im Bereich der Ortschaft installiert werden dürfen.“

**Herr Ortsbürgermeister Weber** erwidert darauf, dass man das nicht im Voraus prüfen kann. Dies erfolgt nur auf Anfrage. Es gibt dazu bereits auch genügend Ablehnungsbescheide mit Widerspruchsverfahren.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 4:1:3

## 7.9 Moratorium Investitionen Vorlage: FV/002/2024/BÜRGER

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, seine Fraktion dazu eingeladen hat mitzuzeichnen. Der Oberbürgermeister hat eine Stellungnahme zu dieser Vorlage erarbeitet. Er möchte klarstellen, dass ein Moratorium nicht bedeutet, dass die genannten Projekte gestrichen werden sollen. Es geht vielmehr um die Frage, ob in diesem Moment, in dem wir dringend konsolidieren wollen, eine Liste mit Maßnahmen erstellt wird, die jetzt nicht angebracht werden sollten. Die Einbringer der Vorlage wollten lediglich Vorschläge unterbreiten, um deutlich zu machen, dass wir so schnell wie möglich die Konsolidierung schaffen müssen und die HH-Sperre aufheben.

Er erklärt, dass die HH-Sperre durch den Oberbürgermeister damit begründet wurde, dass wir eine gravierende Auflage bei der Genehmigung des Haushaltes erhalten haben und eine Konsolidierung i. H. v. 19 Mio. EUR innerhalb mittelfristiger Finanzplanung vorlegen müssen.

**Herr Stadtrat H.-P. Dreibrodt** erklärt, dass er sehr daran interessiert ist, ein Moratorium zu durchzusetzen, um die HH-Sperre so schnell wie möglich aufzuheben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass man hierbei zwei Dinge auseinanderhalten muss: Zum einen gibt es den Ergebnishaushalt – welcher von der Sperre betroffen ist, und den Vermögenshaushalt – welcher von der Sperre nicht betroffen ist. Zum anderen versteht er die Vorschläge der Vorlageneinbringer so, dass er eine 100 %-Haushaltssperre des Vermögenshaushaltes verhängen müsste. Mit dem Vermögenshaushalt werden aber z. B. wichtige Straßenbaumaßnahmen finanziert.

Er empfindet Punkt 1 der Vorlage am aller kritischsten. Dieser Punkt ist zum Nachteil der Stadt, denn daran hängen bereits bewilligte Fördermittel. Er formuliert deutlich, dass die Stadt so in den Stillstand fahren würde, sollte dieser Beschlusspunkt durchgesetzt werden.

---

Er äußert sich zu den weiteren Beschlusspunkten. Er verweist auf die Vorschläge in der Stellungnahme der Stadtverwaltung.

**Frau Stadträtin Ehlert** unterstützt den Standpunkt von Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck zum Beschlusspunkt 1. Sie weist darauf hin, dass noch ein Konsolidierungsvorschlag erarbeitet werden muss, da ein Verlustausgleich i. H. v. 85 Mio. EUR eingestellt wurde. Wir warten immer noch auf die 41 Mio. EUR Fördermittel vom Land. Sie erklärt, dass wir diese Größenordnungen überhaupt nicht mehr stemmen können.

**Herr Stadtrat Ratzmann** erklärt, dass ihn die Einwände dazu ebenfalls überzeugen. Den Beschlusspunkt 1 sollte man herausnehmen oder genauer überarbeiten und Projekte mit aufnehmen und/oder entschärfen.

**Frau Bürgermeisterin Lohde** informiert, dass bereits einige Vorschläge in der Stellungnahme der Verwaltung unterbreitet wurden. Das Tiefbauamt, Amt 66, spart seit 2019 jedes Jahr Personalkosten in Größenordnungen. Das Moratorium würde dazu führen, dass weniger Arbeit auf die vorhandenen Kräfte verteilt werden würde.

Zum Beschlusspunkt 2, 3 und 4 wurden ebenfalls Vorschläge unterbreitet. Sie informiert weiterhin, dass zum Umbau des Ratssaals demnächst eine Beschlussvorlage erstellt wird.

Die Ausschussmitglieder tauschen sich weiterhin dazu aus.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erfragt die Begründung der HH-Sperre.

**Herr OB Dr. Reck** erwidert, dass die Kommunalaufsicht in Hinblick auf den Ergebnishaushalt eine HH-Sperre dringend angeraten hat. Der Ergebnishaushalt hat bei Beschlussfassung ein Defizit i. H. v. 30 Mio. EUR vorgewiesen. Deshalb müssen wir ein Haushaltskonsolidierungskonzept erlassen. Er weist darauf hin, dass wir den Mittelweg, welches experimentell ist, gefunden haben mit der 60 % und 40 %-Regelung.

Er erklärt, dass man mit diesem Moratorium die HH-Sperre auch nicht aufheben wird. Es sind nur 40 % gesperrt und 60 % freigegeben, obwohl das Land deutlich empfohlen hat eine volle HH-Sperre zu verhängen.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, dass die Liste der Vorschläge beliebig ergänzbar ist. Entscheidend ist, dass durch die Konsolidierung die HH-Sperre aufrechterhalten wird. Er führt weiterhin dazu aus.

**Herr OB Dr. Reck** ergänzt, dass der Haushalt gemeinsam geplant wurde. Jedem war bekannt, wie dieser aufgestellt war. Der HH-Entwurf der Stadtverwaltung war am Ende noch abgespeckter und man hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Stadt das nicht leisten kann.

Er erklärt, dass hinter der Vorlage eine gewisse Tendenz liegt, was der einbringenden Fraktion wichtig ist. Das heißt aber nicht, dass diese Punkte den weiteren Fraktionen wichtig sind. Die Vorschläge der Verwaltung werden im Rahmen des HH-Konsolidierungskonzeptes vorgebracht und nicht innerhalb eines Moratoriums. Die Fraktionen haben alle Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen auf die Dinge, die noch auf den Weg gebracht werden. Es ist anerkennungswürdig zu sagen, dass die Fraktion sich Gedanken über den Optimierungsbedarf gemacht hat.

Die Ausschussmitglieder führen die Diskussion fort.

**Herr Beigeordneter Ulbrich** ergänzt dazu, dass wir mit dem Haushalt 2024 Prioritäten festgelegt haben. Dem Ausschuss werden bestimmte BV vorgelegt und die Ausschussmitglieder können pro Maßnahme darauf eingehen. Ein Haushaltskonsolidierungskonzept wird innerhalb der Verwaltung erarbeitet und dem Ausschuss zum gegebenen Zeitpunkt vorgelegt. Er bittet um etwas mehr Zeit.

**Herr Stadtrat Präger** fragt, wie viel Zeit die Verwaltung für das Haushaltskonsolidierungskonzept benötigen würde. Er fragt weiterhin, welche Projekte aus der Liste umsetzbar wären im nächsten Haushaltsjahr.

**Herr Beigeordneter Ulbrich** erklärt, dass es dazu demnächst eine interne Beratung geben wird. Er möchte im übernächsten FinA, am 27.08.2024, über den aktuellen Sachstand berichten. Es ist geplant, den Entwurf zum Haushaltskonsolidierungskonzept spätestens mit dem Entwurf der Haushaltsplanung zur Verfügung zu stellen. Die Ausschussmitglieder tauschen sich aus.

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** erklärt, dass er vorerst diese Beschlussvorlage zurückstellen wird.

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt.

## 7.10 Sanierung der Einrichtung des Trägers Urbanistisches Bildungswerk e.V., Schochplan 74/75 Vorlage: FV/003/2024/Linke

Zu dieser Beschlussvorlage gab es keine Anfragen und/oder Gesprächsbedarf. **Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 5:1:2

---

**7.11 Durchführung von Kursen zur Ausbildung von Rettungsschwimmern  
Vorlage: FV/005/2024/Linke**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** stellt die Nichtöffentlichkeit um 18:48 Uhr her.

**10 Schließung der Sitzung**

**Herr Ausschussvorsitzender Weber** schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Dessau-Roßlau, 14.05.24

---

Hendrik Weber  
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und  
moderne Verwaltung

Maria Mangold  
Schriftführer